

025

Juli 2012

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE

Jugendpolitische Umfeldbeobachtungen

Junge Politik

Spar-Exzess in Spanien: Hunderttausende protestieren

Die Proteste gegen die Umsetzung des EU-Spardiktates in Spanien gehen weiter. Am 19. Juli gingen erneut Hunderttausende Menschen auf die Straßen, rund 100.000 allein in der Hauptstadt Madrid. Aufgerufen hatten die Gewerkschaftsverbände CCOO und UGT, die das von der Regierung beschlossene Sparpaket im Umfang von 65 Milliarden Euro entschieden ablehnen. Dieses sieht unter anderem eine deutliche Anhebung der Mehrwertsteuer, die Abschaffung des Weihnachtsgeldes für öffentlich Beschäftigte und eine drastische Kürzung der Arbeitslosenhilfe vor. Bereits in den Tagen davor gab es zahlreiche Demonstrationen, an denen sich viele Staatsbedienstete wie Polizisten und Feuerwehrleute beteiligten. Landesweit kam es in über 80 Städten zu Protesten gegen Polizeigewalt, Entlassungen und Sozialkürzungen. Der 19. Juli ist der Jahrestag der Spanischen Revolution von 1936. → [Weiter...](#)

Internationale Studie:

Lohn-Ungerechtigkeit in Deutschland nimmt zu

Europaweit führen Sparexzesse und Bankenrettungen zu steigenden Arbeitslosenzahlen, mit Ausnahme von Deutschland. Wie eine neue Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) belegt, trotz der deutsche Arbeitsmarkt bislang zwar der Krise – dies sei jedoch mit einer deutlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verbunden. Gründe seien vor allem die weiter abnehmende Tarifbindung in der deutschen Wirtschaft und die ungebremste Ausdehnung des

Niedriglohnssektors. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) begrüßte den Bericht als notwendigen Beleg für die wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland. "Nur durch steigende öffentliche Ausgaben für Qualifizierung und Weiterbildung kann die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen verringert werden", so Claus Matecki, Mitglied im DGB-Vorstand, in Berlin. → [Weiter...](#)

Weltweite Systemkrise: Vertrauen in Kapitalismus nimmt ab

Einer aktuellen Umfrage des renommierten Pew-Forschungszentrums in New York zufolge ist das Vertrauen in das kapitalistische Wirtschaftssystem in der Folge der Finanzkrise seit 2008 dramatisch gesunken. Von den mehr als 26000 Befragten in 21 Ländern glauben nur noch 27 Prozent an eine positive wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Land. So halten etwa weniger als ein Drittel der US-Bürger ihre Wirtschaft noch für solide, in Japan liegt der Wert nur bei sieben Prozent. In Spanien und Italien können der Umfrage zufolge gar nur sechs Prozent dem Kapitalismus Gutes abgewinnen, in Griechenland sind es minimale zwei Prozent. Nur in vier Ländern glauben die Menschen noch daran, von der derzeitigen Wirtschaftsordnung zu profitieren: China, Brasilien, die Türkei – und Deutschland. Jüngste Zahlen zur deutschen Wirtschaftsentwicklung legen jedoch nahe, dass der deutsche Michel diese Meinung bald wird ändern müssen. → [Weiter...](#)

Betonköpfe in der Bundesregierung:

Von der Leyen gegen gerechte Leiharbeit

Die Bundesregierung macht ein weiteres Mal unmissverständlich klar, auf welcher Seite sie steht: Bundesarbeitsministerin von der Leyen (CDU) will bis auf Weiteres

025

Info-Teaser für Aktive



kein Gesetz zur Gleichstellung von Leiharbeitern und Stammbeschäftigten auf den Weg bringen. Die CDU-Politikerin wolle den Tarifparteien mehr Zeit geben, selbst etwas für die Angleichung der Löhne zu tun. Nur wenn dies nicht gelinge, wolle die Ministerin eingreifen. Auch eine gesetzliche festgelegte "Höchstverleihdauer" für Leiharbeiter lehnte sie ab. [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

Wettbewerb:

"Mach meinen Kumpel nicht an!"

Bereits zum sechsten Mal schreibt der Verein "Mach meinen Kumpel nicht an" den Wettbewerb "Die Gelbe Hand" aus. Gesucht wird nach Beiträgen, die sich gegen Ausgrenzung, Rassismus und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt einsetzen. Welche Form die Arbeiten haben, ist den Teilnehmern des Wettbewerbs freigestellt, vom Textbeitrag über die Fotoserie bis zum selbstgedrehten Film ist alles möglich. Teilnehmen können Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen und -kollegs und alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden. Die Beiträge sollen im Jahr 2012 entstanden sein, Einsendeschluss ist der 31. Januar 2013. Der "Kumpelverein" engagiert sich seit seiner Gründung vor 25 Jahren gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus und wurde Mitte der 80er-Jahre von den Jugendorganisationen der DGB-Gewerkschaften gegründet. [Weiter...](#)

Deutsche Waffen, deutsches Geld:

Protestinitiativen gegen Rüstungsexporte

Deutschland macht sich derzeit nicht nur bei seinen europäischen Nachbarn mit rigorosen Spardiktaten richtig beliebt, die Bundesregierung plant auch, arabische Diktaturen mit tödlicher Spitzentechnik aus Deutschland auszustatten und den Waffenhandel grundsätzlich zu vereinfachen. Derzeit werden große Lieferungen von "Leopard II"-Panzern an Saudi-Arabien und Katar bearbeitet. Eine Initiative von Künstlern macht dagegen mit ungewöhnlichen Mitteln mobil: Bereits seit Monaten durchleuchtet das "Zentrum für politische Schönheit" die Besitzverhältnisse der Panzerschmiede Krauss-Maffei Wegmann und sucht öffentlich nach Anhaltspunkten, um die Eigentümer vor Gericht stellen zu können. Das führte nicht nur zu den erwartbaren Klagen der sonst so verschwiegenen Waffenbarone, sondern auch zu außergewöhnlichen Entdeckungen. Zu den Profiteuren des geplanten Milliardenengeschäfts zählen demnach auch ein süddeutscher Kleinkünstler und Ex-Kommunist und weitere nur scheinbar harmlose Bürger.

[Weiter...](#)

29. September:

Aktionstag "umFAIRteilen"

Der öffentlichen Hand geht seit Jahren zunehmend das Geld aus, viele Kommunen stehen kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Die Konsequenzen sind fehlende Kita-Plätze, marode Straßen, mangelhafter öffentlicher Nahverkehr und die Schließung öffentlicher Einrichtungen wie Schwimmbäder und Bibliotheken. Auf der anderen Seite wachsen private Vermögen immer weiter an. Die Initiative "umFAIRteilen", ein Zusammenschluss von gesellschaftlichen Gruppen und Gewerkschaften, fordert nun die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die von der rot-grünen Bundesregierung ersatzlos abgeschafft worden war. Dafür ist am 29. September ein bundesweiter Aktionstag mit Kundgebungen in vielen großen Städten Deutschlands geplant. Interessierte Gruppen und Initiativen sind darüber hinaus aufgerufen, sich mit eigenen Aktionen zu beteiligen. Zahlreiche Vorschläge für kreative Aktionen finden sich auf der Internetseite der Initiative. [Weiter...](#)

Internationales Abkommen:

IG Metall setzt globale Mindeststandards durch

Die IG Metall hat gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern ein Internationales Rahmenabkommen für weltweite Mindeststandards bei den 360.000 Beschäftigten von Siemens durchgesetzt. Damit gelten für alle Beschäftigten des Konzerns verlässliche Mindeststandards und vergleichbare ethische Grundlagen für das Handeln von Unternehmen und Mitarbeitern. "Für die Arbeitnehmer und Gewerkschaften ist es von besonderer Bedeutung, dass sich global agierende Unternehmen zu den Menschen- und Arbeitnehmerrechten bekennen und danach handeln", sagte Berthold Huber, Erster Vorsitzende der IG Metall und Präsident des Industriegewerkschaftsverbandes IndustriAll. Das Abkommen nimmt Bezug auf die grundlegenden Arbeitnehmerrechte, die in den einschlägigen internationalen Konventionen, den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie der UN-Initiative des Global Compact enthalten sind. [Weiter...](#)

Junges Leben

Knapp daneben:

Hausgemachte Firmenvideos

Die Idee ist an sich nicht unbedingt schlecht – doch die Ergebnisse sind häufig zum Fremdschämen: Viele Unternehmen versuchen, potenzielle Bewerber mit Internetvideos von einem Praktikum oder einer Ausbildung

025

Info-Teaser für Aktive



in ihrem Haus zu überzeugen und greifen dabei stilistisch häufig daneben. Das Internetportal "Spiegel Online" hatte seine Leser Anfang Juli aufgerufen, die peinlichsten Firmenvideos zu küren und regen Rücklauf erhalten. An der Spitze stand der "BMW Praktikum Rap" mit dem Titel "Steh auf", der auf der Internet-Konferenz "re:publica" gar zum "schlechtesten Web-Video 2012" gekürt wurde. Doch auch andere große Unternehmen glänzen mit zweifelhaften kreativen Höchstleistungen. Von Allianz über Edeka bis Vattenfall lassen große Konzerne junge Menschen seltsame Texte rappen und Beschäftigte verquere Lieder singen. Zuweilen erinnern die Filmchen an selbstgedrehte YouTube-Videos, etwa wenn mittelbegabte Darsteller als Sherlock Holmes und Dr. Watson nach dem Erfolg eines Call-Centers fahnden oder Mitarbeiter eines Energie-Versorgers Luftgitarren-Soli einlegen. → [Weiter...](#)

Fotos zur Finanzkrise: Die neuen Gastarbeiter

Die Krise in Spanien hat unzählige Jobs vernichtet und die Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau steigen lassen. Aus Mangel an Alternativen suchen viele Spanier daher nach Arbeit in den nördlichen EU-Ländern, bevorzugt in Deutschland. Der Reuters-Fotograf Marcelo del Pozo hat einen dieser neuen Migranten auf dem Weg von Barcelona nach München begleitet. Dort tritt Familienvater Jose Manuel Abel eine Stelle als Küchenhilfe in einem spanischen Restaurant an. Erst Mitte Juli hatte Bildungsministerin Annette Schavan ein Abkommen mit der Madrider Regierung abgeschlossen, dass es spanischen Arbeitnehmern und insbesondere jungen Beschäftigten erlauben sollte, Arbeit in Deutschland anzunehmen. Die Reuters-Fotostrecke zeigt nicht nur, mit welchen biographischen Umbrüchen ein solcher Schritt zumeist verbunden ist. Sie weist auch auf die Geschichte der letzten Jahrzehnte hin, in der Arbeitsmigration von Südeuropa nach Deutschland bereits vielfache Tradition hat. So war auch der Vater des portraitierten Jose Manuel Abel bereits Gastarbeiter in Deutschland. → [Weiter...](#)

Die CDU und das Internet: Gekaufte Fans

Dass die CDU und das Internet nicht unbedingt zusammen passen, ist keine Neuigkeit, diverse Facebook-Parties und andere Online-Desaster haben das in der Vergangenheit bereits mehrfach bewiesen. Nun ist der digitale Frust in der Partei offensichtlich so groß geworden, dass die Netzredaktion der Bürgerlichen auch vor plumpen Fälschungen nicht zurück schreckt – und sich prompt ein

weiteres Mal blamiert. Aufmerksamen Beobachtern ist aufgefallen, dass der Twitter-Kanal der Partei "@cdu_news" Ende April mit einem Mal 5000 neue Follower verbuchen konnte, die sich nach kurzer Recherche schnell als offensichtlich gekauft entpuppten. Im Juli übte versuchte sich die CDU dann in Schadensbegrenzung und "beauftragte" Twitter mit der Überprüfung der neuen Follower. Wenig später wurden die fraglichen 5000 Accounts ohne weiteren Kommentar gelöscht. → [Weiter...](#)

Neuer Film: La "Generazione 1000 Euro"

Die "Generation 1000 Euro" war der Titel eines 2005 im Internet veröffentlichten Romans der italienischen Autoren Alessandro Rimassa und Antonio Incorvaia, der die prekäre wirtschaftliche Situation junger Menschen beschrieb und schnell zum Synonym für eine ganze Generation wurde. Viele Jahre später versucht sich Regisseur Massimo Venier nun an einer Komödie mit dem gleichen Titel. "Der Film beschreibt, wie dieses ganze Drama um den ungesicherten Arbeitsplatz eine Lebensphase überschattet, in der man eigentlich seine Träume leben sollte", so Venier. Was mit sozialkritischem Anspruch daher kommt, droht jedoch in weiten Teilen des Films zum romantischen Sozialkitsch zu verkommen. Am Ende geht nämlich irgendwie alles gut aus. Ausnahmsweise muss man sagen: Leider. → [Weiter...](#)

Am Ende

Urteil aus Karlsruhe: Bundesregierung verfassungswidrig

In Karlsruhe hat man die Nase voll: Nach dem das Bundesverfassungsgericht zum wiederholten Mal die Politik der Bundesregierung korrigieren musste, machten die Verfassungsrichter kurzen Prozess. "Nachdem wir in den letzten Jahren die Höhe der Hartz-IV-Sätze korrigieren mussten, zweimal das Wahlrecht für verfassungswidrig erklärt haben, mehrfach die Regierung gerügt haben, weil sie die Rechte des Parlaments verletzt hat, festgestellt haben, dass das Existenzminimum auch für Asylbewerber gilt und gerade noch ausknobeln müssen, ob ESM und Fiskalpakt verfassungskonform sind, haben wir uns überlegt, dass wir den ganzen Mist am besten gleich selbst machen", erklärte Gerichtspräsident Voßkuhle gegenüber der Presse und erklärte kurzerhand die

→ [Bundesregierung für verfassungswidrig.](#)